

Bezugsbedingungen und Einzelgenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-205
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Einzelgenabteilung:
Geschäftstag 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin S.W. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Erhebliche Fortschritte in London.

Einigung in den meisten Fragen.

Paris, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeiten in den Kommissionen der Londoner Konferenz scheinen nach den hier vorliegenden Meldungen am Donnerstag erheblich fortgeschritten zu sein. Ueber die Beschlüsse der ersten Kommission, die die Feststellung etwaiger Verzögerungen und deren Sanktionen betreffen, soll es zu einer Einigung gekommen sein, desgleichen über den Plan zur wirtschaftlichen Räumung der besetzten Gebiete, deren Fristen der Deutschen Forderung gemäß um zehn Tage abgekurzt werden, damit die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Einheit bereits am 5., statt am 15. Oktober beendet sein soll. In der Frage der Amnestie soll ebenfalls eine prinzipielle Verständigung erzielt worden sein, nachdem beide Teile sich zu einer restlosen Begnadigung aller Verurteilten bereit erklärt haben. Die juristischen Sachverständigen der Konferenz sind beauftragt worden, ein entsprechendes Abkommen vorzubereiten. Endlich sollen auch in der Frage der Ueberweisungen die bestehenden Schwierigkeiten behoben sein.

Offen seien noch zwei Fragen: Die der Sachleistungen, wo die deutsche Regierung jede über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinausgehende neue Verpflichtung ablehne, und die französische Forderung, daß Deutschland während der Periode der wirtschaftlichen Räumung zwei Zwölftel der nach dem Dawes-Plan fälligen ersten Annuität (Jahreszahlung) an die Reparationskasse abführen solle. Die deutsche Regierung habe erklärt, daß sie dazu nicht vor dem 5. Oktober in der Lage sei.

Das offiziöse französische Communiqué betont auch am Freitagmorgen wieder die Befriedigung, die man in den Kreisen der französischen Delegation über den Verlauf der Verhandlungen mit den Deutschen empfinde, insbesondere über die Mäßigung, mit der der Kanzler gewisse, ihm von den nationalistischen Parteien aufgezwungene Forderungen vertrete. Die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes dürfe nach vorliegenden Meldungen am Freitag in ihr entscheidendes Stadium eintreten. Es habe darüber am Donnerstagabend eine neue zwelftägige Konferenz zwischen Herriot, General Nollet und den beiden belgischen Ministern Theunis und Hymans stattgefunden.

London, 8. August. (Zusammenfassung unseres Sonderkorrespondenten.) Der Verlauf der Donnerstagsnachmittagssitzung wird in Konferenzkreisen, abgesehen von einigen Entgleisungen deutscher Sachverständiger, als zufriedenstellend betrachtet. Diese Feststellung läßt immerhin die Tatsache bestehen, daß die Sachverständigen kurz vor Abschluß ihrer Arbeiten auf eine Reihe von Schwierigkeiten gestoßen sind, die jedoch nicht unüberwindlich scheinen. Die deutsche Delegation hat sich am Donnerstagsabend in zwelftägiger Sitzung mit noch zu regelnden Fragen beschäftigt. Es verlautet, daß die Delegation beschloß, die Aufnahme der Anleihe als moralische Verpflichtung Deutschlands anzuerkennen, wodurch eine erste der von der Reparationskommission feierlich aufgestellten Vorbedingungen für die Durchführung des Dawes-Planes erfüllt wird.

Am Freitagvormittag werden die Verhandlungen der durch Deutsche ergänzten Kommissionen 2 und 3 um 9.30 Uhr bzw. 10 Uhr wieder aufgenommen. Da die Reparationskommission ihre Besprechungen über die deutschen Ausführungsgehe zum Gutachten vorläufig beendet hat, werden am Freitag gleichzeitig die Verhandlungen zwischen der Reparationskommission und der deutschen Delegation über die von der Reparationskommission gewünschten Änderungen stattfinden. Man hofft, diese Besprechungen schnell zu Ende zu führen, da die Wünsche der Reparationskommission nur unwesentlicher Art sind. Dagegen werden wahrscheinlich die Sachverständigen entgegen englischer Gewohnheit auch am Sonnabend tagen. Insbesondere hofft man bei der französischen Delegation, daß bis dahin auch eine Basis für die Weiterführung der bereits eingeleiteten direkten Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland gefunden ist. Bis in die Nacht vom Donnerstag zum Freitag haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, die eine Fortsetzung der am Donnerstagsnachmittag eingeleiteten Besprechung zwischen Herriot und Marx-Stresemann gestattet hätten. Alle gegenseitigen Meldungen sind falsch. Richtig ist, daß sich beide Teile, zeitweilig auch die englische Regierung, bemühten, die notwendige Verhandlungsbasis für die Räumungsfrage zu finden. Immerhin hoffen Herriot und Macdonald, daß die Verhandlungen bis Dienstag abgeschlossen werden können.

Es wird bekannt, daß als Datum der Inkraftsetzung des Dawes-Planes auf Wunsch der deutschen Delegation der 5. Oktober statt des 15. Oktobers festgesetzt werden soll.

Bevorstehende Räumungsaussprache.

Paris, 8. August. (WIB.) Der Londoner Sonderbericht-erfasser der Agentur Havas meldet: Zu dem Besuch des Reichskanzlers Marx und des Außenministers Stresemann beim Ministerpräsidenten Herriot habe die Unterredung knapp eine Viertelstunde gedauert. Es werde erklärt, daß der Besuch rein formellen Charakter getragen habe. Es liege aber auf der Hand, daß ein Meinungsaustrausch über die Hauptfragen sich davon anschließen werde, die Frankreich und Deutschland betreffen und unter denen an erster Stelle die militärische Befreiung des Ruhrgebietes stehe. An anderer Stelle werde versichert, daß in Kürze eine Einigung zwischen den französischen und

den deutschen Sachverständigen über die Modalitäten des Sachlieferungsverfahrens zustandekommen dürfte.

Die Aussprache zwischen Marx und Herriot.

Paris, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Ueber den Besuch, den Marx und Stresemann am Donnerstag dem französischen Ministerpräsidenten gemacht haben, meldet der „Quotidien“: Die Unterhaltung sei eingeleitet worden durch Marx mit der Erklärung, daß er gekommen sei, nicht nur um Herriot die außerordentliche Hochachtung auszudrücken, die er für ihn empfinde, sondern um zu versuchen, die normalen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wiederherzustellen. Herriot habe erwidert, daß er von dem gleichen Wunsche befeuert sei, habe aber hinzugefügt, daß allerdings noch sehr viele Schwierigkeiten zu überwinden seien. Aber er habe die Hoffnung, daß, wenn beide Regierungen zusammenarbeiten, es gelingen werde, den Frieden in Europa wiederherzustellen. Marx betont, daß er

weniger Diplomat, als ein Mann guten Willens

sei, und habe der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß, wenn es Herriot gelinge, die einzelnen Schwierigkeiten zu überwinden, über die man im Augenblick noch zu kämpfen habe, er sich sagen könne,

etwas Großes für die Gegenwart,

für die ganze Welt getan zu haben. Das Blatt meint, auch wenn es sich hier nur um den Austausch von Höflichkeiten gehandelt habe, so unterscheide sich doch diese Sprache von der Sprache, die beide Regierungen noch vor zwei Monaten miteinander geführt hätten.

Der englisch-russische Vertrag.

Sturm im Unterhause.

London, 7. August. (IU.) Der allgemeine Staats- und der Handelsvertrag zwischen England und der Sowjetrepublik wird morgen von den beiderseitigen Delegierten unterzeichnet werden. Amlich wird heute der Entwurf des vorgeschlagenen englisch-russischen Vertrages veröffentlicht. Er enthält vier Kapitel. Im ersten Kapitel werden die Verträge aufgezählt, die die beiden Regierungen gegenseitig als noch geltend oder aber als erloschen anerkennen. Es wird aber festgestellt, daß gegenüber den als geltend bezeichneten Verträgen noch gewisse neue Änderungen und damit auch neue Verhandlungen Platz greifen müssen. Kapitel zwei regelt die Fischereigerechthe in den nördlichen Territorialgewässern Sowjetrußlands. Kapitel drei beschäftigt sich mit der Frage der gegenseitigen Schuldenansprüche und der Anleihe. Die Sowjetregierung erklärt, daß sie in Erfüllung der neuen Vertragsbestimmungen die Ausnahmeverordnung vom 28. Januar 1918 über die Richtigkeitserklärung der Schulden der zaristischen Regierung und der ihr folgenden Zwischenregierungen zurücknehmen wird. Nach den im gegenwärtigen Vertrage vorgeschriebenen Bestimmungen wird die Sowjetregierung die von den früheren russischen Regierungen oder von russischen Stadtverwaltungen garantierten russischen Staatspapiere an die englischen Inhaber in ausländischer, auf jeden Fall in nichtrussischer Währung bezahlen. Die englische Regierung erkennt hingegen an, daß die gegenwärtige finanzielle und wirtschaftliche Lage der Sowjet-Union die volle Befriedigung dieser Ansprüche unmöglich macht. Nach einer detaillierten Regelung dieser Entschädigungsfrage wird in diesem Kapitel bestimmt, daß die Bestimmungen darüber Gegenstand eines zweiten Vertrages werden sollen, vorausgesetzt, daß diese Bestimmungen von den Inhabern von nicht weniger als der Hälfte der Gesamtsumme der Ansprüche angenommen werden. Alle gegenseitigen Ansprüche der Regierung auf Grund der Geschnisse zwischen dem 4. August 1914 und dem 1. Februar 1924 werden für weitere Erörterungen zu einem späteren Zeitpunkt aufgespart. Unter diesen gegenseitigen Schadenerschaftsansprüchen befinden sich die während des Krieges gewährten Anleihen Englands an Rußland, und auch die Ansprüche der Sowjet-Union aus den englischen Interventionen zwischen dem November 1917 und dem 19. März 1921. Ebenso bleiben die gegenseitigen Schadenerschaftsansprüche der beiderseitigen Staatsangehörigen für erlittene Verluste und Schädigungen durch kriegsgemäße Maßnahmen seit dem 1. August 1914 noch offen.

Der Abschluß des englisch-russischen Uebereinkommens und die beabsichtigte Unterzeichnung des Vertrages am Freitag hat einen Entrüstungssturm im Unterhause hervorgerufen. Lloyd George und Sir Robert Horne sind die Führer im Kampf gegen die Unterzeichnung des Abkommens. Aus diesem Grunde ist auch die Unterschrift auf morgen verlagert worden. Horne verlangt sogar die Hinausschiebung der Unterschrift bis zum Herbst. Die Verhandlungen, die am Montag früh für abgebrochen erklärt wurden, sind lediglich durch das persönliche Eingreifen des Ministerpräsidenten wieder in Gang gekommen. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen und der Abschluß eines Vertrages wird als ein Sieg Sowjetrußlands bezeichnet, daß die gegenwärtige Zwangslage der englischen Regierung geschickt ausgenutzt habe. Eine zweite Quelle des Unwillens ist die ungenügende Berücksichtigung britischer Interessen. Abgesehen von den Ansprüchen russischer Gläubiger bezweifelt man die Fähigkeit des englischen Geldmarktes, eine russische Anleihe aufzubringen. Die englische Regierung ist durch den Ansturm gegen das Abkommen in eine äußerst schwierige Lage gekommen.

Das Räumungsproblem.

(Von unserem Korrespondenten.)

London, 6. August.

Die Eröffnungsitzung der durch die deutsche Delegation verstärkten Konferenz hat einen für alle Beteiligten befriedigenden Verlauf genommen. Das will nicht allzuviel besagen, da die Zusammenkunft einen rein formalen Charakter trug, aber bei der schwierigen Arbeit, die hier verrichtet werden muß, ist ein guter Anfang, der keine Verstimmungen hinterläßt, immerhin schon einiges wert. Zum erstenmal seit Beendigung des Krieges sehen sich die Deutschen wirklich als Gleichberechtigte behandelt, und der bei aller Zurückhaltung warme Ton, in dem Ramsay MacDonald sie begrüßte, gab ihnen die beruhigende Gewißheit, daß sie nicht hier seien, um Befehle und Diktate entgegenzunehmen, sondern daß man sie als Verhandlungspartner betrachtet.

Die Alliierten sprechen mit Genugtuung von der ersten Rede des Reichskanzlers Marx, die in keinem Punkte Grund zu Beanstandungen geboten habe. Es gab hier nämlich Leute, die besonders nach den letzten Reichstagsdebatten befürchteten, der Vertreter Deutschlands werde schon bei der ersten Zusammenkunft auf die Schuldfrage zu sprechen kommen oder die nicht auf der Tagesordnung der Konferenz stehende Frage der militärischen Räumung der Ruhr ausdrücklich ermahnen. Sie waren angenehm enttäuscht. Für uns wurde zunächst der Vorteil erreicht, daß die neben der Konferenz beabsichtigten Besprechungen über das Räumungsproblem sich jedenfalls in einer günstigeren Atmosphäre vollziehen werden.

Alle Welt ist sich über die Wichtigkeit dieses Gegenstandes einig. Die anderen Differenzpunkte, die in den offiziellen Sitzungen zu diskutieren sind, werden in ihrer Schwierigkeit und in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt, aber man weiß allgemein, daß für Deutschland — und nicht für Deutschland allein — bei weitem das meiste davon abhängt, zu welchem Termin in die französischen Truppen die Ruhr und das rechte Rheinufer verlassen. Außerhalb der französischen Kreise gibt es auch niemandem, der nicht die inoffiziell vorgeschlagene Räumungsfrist von zwei Jahren für gänzlich undiskutierbar hielte, nur weiß noch keiner so recht den Weg, auf dem sich andere Arrangements treffen ließen.

Die französische Regierung hatte offenbar zunächst den Wunsch, die Frage der militärischen Räumung irgendwie mit der der interalliierten Schulden in Zusammenhang zu bringen. Sie argumentierte so: Um unsere Opposition zu beruhigen, dürfen wir nicht mit leeren Händen vor das Parlament treten. Die Befreiung der Ruhr ist unser letzter Trumpf. Verzichten wir auf ihn, ohne gleichzeitig Zugeständnisse in Sachen der Schulden mitzubringen, so haben die Poincaristen leichtes Spiel.

Diese Stellung ist, wie sich auf dem ersten Blick ergibt, sehr schwach, und daß man sie überhaupt eingenommen hat, läßt sich nur aus der Angst Herriots vor den Angriffen seiner Nationalisten erklären. Die Verknüpfung der beiden Probleme ist gekünstelt, und vor allem besteht gegenwärtig keinerlei Aussicht, daß Engländer und Amerikaner über die Schulden mit sich reden lassen. Es muß also eine andere Basis der Verhandlungen gesucht werden, und dafür ist Voraussetzung, daß Deutsche und Franzosen sich außerhalb der Konferenz treffen. Zahlreiche Anzeichen sprechen dafür, daß der französische Ministerpräsident den dringenden Wunsch hat, Marx und Stresemann sobald als möglich zu sehen, und da auf deutscher Seite keine grundsätzliche Abneigung gegen eine solche Unterhaltung zu bestehen scheint, kommt es nur noch darauf an, die Form zu finden, was wieder deshalb nicht ganz leicht ist, weil die Deutschen selbstverständlich Wert darauf legen müssen, daß eine solche Besprechung nicht ohne Mitwirkung, zum mindesten aber nicht ohne Vorwissen Macdonalds stattfindet. Die Engländer sind zwar an dem Verhandlungsgegenstand nicht unmittelbar beteiligt, aber ihre Ausschaltung oder ihre Uebergehung ist aus verschiedenen, sehr durchschlagenden Gründen eine Unmöglichkeit.

Soweit die Form. Die größten Schwierigkeiten aber bietet das Verhandlungsthema selbst. Der deutsche Standpunkt ist gegeben: vollständige Räumung innerhalb kürzester Frist. Herriot soll, wie es heißt, persönlich volles Verständnis für diese von Engländern und Amerikanern unterstützte Forderung besitzen, aber seine persönliche Auffassung ist leider nicht auslaggebend. Die Franzosen werden versuchen, Gegenleistungen in irgendwelcher Art zu erhalten, und unterrichtete Stellen wollen wissen, daß sie an zwei verschiedene Kombinationen denken. Die eine wäre die, die Räumung von dem Ergebnis der Militärkontrolle abhängig zu machen, d. h. die Truppen zurückzuziehen, wenn die Entwaffnung Deutschlands festgestellt wäre. Diese Bedingung würde äußerst bedenklich sein, da sie die Entscheidung in die Hände der alliierten Militärs legte, und die Gefahr bestände, daß wenigstens die französischen Offiziere sehr geneigt sein würden, die Voraussetzungen als nicht gegeben zu bezeichnen. Selbst wenn sich die anderen ihnen nicht anschließen, käme es zu neuen Auseinandersetzungen, deren Ende sich nicht absehen ließe.

Die andere Kombination läuft auf wirtschaftliche Zugeständnisse Deutschlands hinaus. Wie sie im einzelnen aussehen sollten, ist zur Stunde noch nicht genau zu erkennen. Man spricht aber u. a. von Sachleistungen und der deutschen Zustimmung zu einem für Frankreich günstigen Handelsvertrag. Ob hier die Grundlage für eine Uebereinkunft zu finden wäre, muß dahingestellt bleiben. Alles

schwebt eben im Augenblick noch in der Luft, und zu prophezeien ist unter Umständen, in denen sich das Bild fast fortgesetzt ändert, doppelt mißlich. Nur soviel läßt sich sagen, daß es kaum möglich sein wird, bis zum Ende der Woche auch in diesem Punkte zu einer Entscheidung zu kommen. Der Tag hat auch hier nur vierundzwanzig Stunden, und die Dinge, die in London zur Debatte stehen, sind wahrhaftig schwerwiegend genug, um sie nicht übers Knie zu brechen. Man wird wohl etwas länger zusammenbleiben müssen, und schließlich hat Macdonald mit seiner Anregung, die Konferenz möge am Freitag geschlossen werden, auch nur seinen privaten Wünschen Ausdruck gegeben.

Einzelheiten über die Donnerstag-Verhandlungen.

London, 8. August. (B.T.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ veröffentlicht noch folgende Einzelheiten über die gestrigen Verhandlungen: Die Besprechungen des Rates der Bierzehn seien viel glatter verlaufen als am Vortage. Bei den Besprechungen über das erste Protokoll (Verzug) habe Reichsfanzler Marx verlangt, daß die Bezugnahme auf § 18 des Anhangs II des Friedensvertrages gestrichen werden soll, da diese sonst einen Präzedenzfall für weitere Abänderungen geben könnte. Die Alliierten hätten dem nicht zugestimmt, worauf die deutschen Minister das Protokoll zwar in seiner gegenwärtigen Form angenommen hätten, aber mit einem Vorbehalt, der in einem Brief an die Konferenz niedergelegt wurde. Die Frage sei, nachdem Macdonald beide Seiten erwähnt hätte, alle politischen Vergehen aus der Vergangenheit auszuschließen, einem juristischen Unterausschuß überwiefen worden.

Die Nachmittags-Sitzung des Rates der Bierzehn sei viel lebhafter gewesen. Es seien ungünstige Nachrichten aus der Einberufung der Ausschüsse einer baldigen Zeichnung der Anleihe eingelaufen und die deutschen Minister seien offenbar sehr belorgt gewesen wegen dem Zusammenhang zwischen diesem Punkt und der Frage der wirtschaftlichen Räumung.

Andere Delegationen hätten sie zu beruhigen versucht und versprochen, daß alles mögliche geschehen würde, um die Anleihe gegen entsprechende Garantien zu beschaffen. Über die ganze Besprechung sei ziemlich zuhilfslos gewesen. Zwischen Schweden und Dänemark sei es zu einem ziemlich scharfen Wortgefecht gekommen. Während der kurzen Nachmittags-Sitzung der zwei Sachverständigenkomitees seien einige Fortschritte gemacht worden, hauptsächlich infolge der objektiven Haltung des französischen Sachverständigen Soudou, der drei oder vier Änderungen für den Bericht über die wirtschaftliche Räumung vorgeschlagen habe, um den Deutschen die Annahme zu erleichtern. Die Deutschen hätten die Haltung der französischen Vertreter anerkannt, die in vollem Einklang mit den Grundgedanken des Dames-Planes gewesen sei. Die von Soudou vorgeschlagene Änderung gehe dahin, die Rheinlandkommission zu ersuchen, ihre Erlasse seit der Ruhrbesetzung aufzugeben oder dem Dames-Plan entsprechend seinem Wortlaut und Geist abzuändern. Die Deutschen hätten sich hiermit einverstanden erklärt. Ueber die Frage der während der Übergangsperiode der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebiets zu zahlenden monatlichen Zwölftel der Schmelzenergie sei noch keine Einigung erzielt worden. Dieser Punkt sei auf heute verschoben.

Das dritte Sachverständigenkomitee habe überraschend schnelle Fortschritte gemacht. Die Deutschen hätten zwar in verschiedenen Punkten bezüglich der Transferfrage Einwendungen erhoben, hätten sich aber durch die ihnen gegebenen Klären und deutlichen Erklärungen befriedigt gezeigt. Ueber die Frage der Sachverständigen und des Rechtes des Transferrates betreffend den Verkauf von Eigentum in Deutschland sei noch keine Reaktion erzielt worden. Die zweiten und dritten Sachverständigenkomitees seien erloscht worden, an den Rat der Bierzehn zu berichten.

Die Reparationskommission genehmigt die Gehaltswürfel.

Paris, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Reparationskommission hat am Donnerstag in drei Sitzungen den größten Teil ihrer Arbeiten bereits zu Ende geführt. Sie hat insbesondere den drei zur Durchführung des Dames-Planes bestimmten deutschen Gehaltswürfel ihre Zustimmung gegeben. Andererseits haben die deutschen Delegierten die der Zuständigkeit der Reparationskommission von der Konferenz überwiesenen Punkte prinzipiell gutgeheißen. Der Vorsitzende der Reparationskommission, Barthou, hat der Erwartung Ausdruck gegeben, daß es gelingen werde, die Arbeiten der Kommission im Laufe des Freitags zu Ende zu führen und die erforderlichen Unterschriften auszutauschen.

Sinfonie des Kornes.

Von Paul W. Eißold.

Das war als Knabe: da lag ich zwischen den wogenden Kornfeldern auf schmalen Reih, die Arme unter dem Kappe verkrüppelt und weit geöffnet das Herz. Der Blauhimmel lag in die durstigen und im guten Sinne unerfüllten Schalen meiner Augen, im leichten Gemoge der Halme schwand der Erdboden unter mir. Ritztägliche Säule und Höhe verträumten sich und schwangen in melodischen Summen der Insekten, und fern plätscherte einer Berge verirrtes Trillern, die im Orchester die erste Geige führte und den Kantus noch mehr der Erde entthob. Und in diesem Zusammenhang jubelte mein junges Dasein hinein, verschwenderisch mit allen Farben der Schönheit und Wärme und mit den kühnsten Rhythmen der Hoffnung: ein seliger Schiffer zu noch seligeren Ufern!

Da schien mir die Arbeit des Kornbauers als die Erfüllung meines Lebens. Da bewimpelte sich mein Herz mit allen Farben des Stolzes und träumte sich des goldenen Sogens Felder, Scheuer und Tenne voll. Etwas heiliges, Großes, Unsagbares blinkte es mich um das reisende Brot, ich erschauerte vor dem Mysterium des Werdens, das da war und mich drückte, das ich aber nicht begriff.

Das war als Knabe!

Ah, ich bin kein Landmann geworden. Das Leben rechnete anders, ich muß meinen Posten anders ausgleichen. Es drückte mir eine Feder in die Hand, zu Lust und Wehe. Es begrub mich im Steinberg der Großstadt, fern den Wundern draußen, fern dem ewigen Lied des Kornes.

Aber: die Sehnsucht ist um so wacher geblieben! Und tiege ich heute wieder einmal auf schmalen Reih zwischen den Feldern, so fällt meine äußerliche Hülle, dieses Bedingsein und Mühen, dieser gezwungen rechnende, berechnete Mensch von mir ab, und mit tausend Trompeten ist der Knabe wieder aufgestanden, der selige Knabe. Allein die mit zehnjähriger Phantasie errichtete Himmelsteiler hält dem Wanne nicht mehr stand, fester schon und realer sind die Sprassen gefügt, und hinter jeder gutt ein Zipselchen Wirklichkeit heroor. Aber — dieses heilige ist geblieben, dieses selbe Erschauern, und blide ich heute über das Kornfeld und höre das dunkle Rauschen und sehe die lichten Bogen, dann fühle ich wie einst des Wunders Nacht.

Ich lag also wieder einmal in dem Einschnitt zweier Kornfelder, lang hingestreckt und schwebend zugleich. Wie anders sah die Welt aus der Aulwurfsperle aus, größer, reicher, geheimnisvoller! Die schlanke Halme, im leichten Winde bewegt, wickelten bündelweise über den strahlendblauen Himmel hin, der wieder heruntergefallen war und sah um mich verpöhlte. Und die summende Stille führte, ein verirrter Lautsprecher glitzerte noch wie ein Kristall an einem der Halme, die so fern, so leicht, so jungfräulich in die Höhe stiegen, wie

Ein unmöglicher Vorsitzender.

Die Voreingenommenheit des Senatspräsidenten Niedner.

Die Stellung des Senatspräsidenten Dr. Niedner als Vorsitzenden des Staatsgerichtshofs im Prozeß gegen die der Vorbereitung zum Hochverrat angeklagten Kommunisten und Arbeiter ist nicht haltbar. Seine Äußerung mag, wie er sich nachzuweisen bemüht, psychologisch erklärlich sein — sie ist nicht vereinbar mit der Objektivität, die vom Richter gefordert wird. Er hat durch seine Äußerung den Verteidigern der Angeklagten Gelegenheit gegeben, folgendes Protesttelegramm an den Reichspräsidenten, den Reichsjustizminister und an den Reichstag zu richten:

„In heutiger Verhandlung des Staatsgerichtshofs in Sachen Fiedler und Genossen äußert Angeklagter Reichswehrsoldat Reithmann, daß während der Untersuchung Polizei und Staatsanwalt droht: Sie gehören sofort an die Wand gestellt.“

Darauf sagte Vorsitzender, Senatspräsident Niedner: „Wenn Sie die Tat wirklich begangen haben, wäre dieses ja auch gerechtfertigt gewesen.“

Unterzeichnete Verteidiger protestieren gegen diese amliche Billigung der Lynchjustiz und beeinflussende Voreingenommenheit des Urteils vor Beginn der Beweisaufnahme sowie gegen Billigung ungesetzlicher Todesstrafe.

Wegen nicht abgesehener Wirkung auf Rechtsbewußtsein und Rechtssicherheit haben unterzeichnete Verteidiger ihr Amt niedergelegt und ersuchen um sofortiges strengstes Einschreiten gegen Senatspräsidenten Niedner und sofortige vorläufige Amnestiehebung.

Dr. Arthur Samier, Dr. Robert Herzfeld.

Das Rechtsgefühl ist in der letzten Zeit oft schwer beleidigt worden; die politische Voreingenommenheit der Richter ist in manchem Prozeß gegen rechtsradikale Hochverräter und Verschwörer, gegen Schänder der Republik und gemeine Verleumdung republikanischer Staatsmänner — namentlich in Bayern — hervorgetreten! Der Staatsgerichtshof soll den verwerflichen Segnern der Republik — von links und von rechts — die Strenge des Gesetzes fühlen lassen zum Schutze der Republik.

Seine Objektivität muß unerschütterlich sein, er darf nicht als Tendenzgericht erscheinen, weder nach rechts noch nach links. Er muß vor allen Dingen aber auch gerecht sein, und darf nicht nach vorgefaßten Meinungen, sondern nur nach strengster und objektivster Prüfung der Tatbestände seine Urteile fällen.

Der Senatspräsident Dr. Niedner hat durch seine Äußerung zu erkennen gegeben, daß er voreingenommen ist. Die Debatte, die er über die Berechtigung, Sinn und Zweck seiner Äußerung gibt, vermag den Eindruck nicht zu erschüttern, den jeder der Zuhörer, ja jeder Leser des Berichts des Wolffschen Telegraphenbureaus über den Zwischenfall erhalten hat. Dieser Eindruck war unmittelbar und stark: daß hier ein Vorgang geschehen war, der unvereinbar ist mit dem Rechtsempfinden. Der oberste Gerichtshof zum Schutze der Republik hat das Rechtsempfinden auf das sorgsamste zu beachten. Der Senatspräsident Dr. Niedner würde dem allgemeinen und unmittelbaren Rechtsempfinden nur Genüge leisten, wenn er freiwillig vom Vorsitz in diesem Prozeß zurücktreten würde.

Es handelt sich in diesem Prozeß um schwere Delikte, die mit Höchststrafen bedroht sind. Es darf durch die Prozeßführung kein Unfug gegeben werden, den Prozeß als Tendenzprozeß erscheinen zu lassen!

Niedner abermals abgelehnt.

Auch der dritte Verteidiger legt nieder.

Leipzig, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Den heutigen Sitzungstag eröffnete um 9 Uhr Senatspräsident Dr. Niedner. Als amtlich bestellter (Offizial-) Verteidiger war Rechtsanwalt Dr. Gold-

kein Leipzig erschienen. Rechtsanwalt Dr. Döring erklärte dem Staatsgerichtshof, daß den beiden Rechtsanwälten Dr. Samier und Dr. Herzfeld der Eintritt in den Sitzungssaal von der Sicherheitspolizei verweigert worden sei, obwohl sie eine Eintrittskarte zum Zuschauerraum und einen Personalausweis vorgezeigt hätten. Auf Anordnung des Senatspräsidenten Niedner durften die beiden Rechtsanwälte alsdann im Zuschauerraum erscheinen.

Rechtsanwalt Dr. Goldstein erklärte, er habe seine Klienten gestern noch mehrere Stunden gesprochen, auch von den Ältern Kenntnis genommen, so daß der Prozeß weitergeführt werden könnte. Diese Frage hatte der Senatspräsident Niedner an den Rechtsanwalt Dr. Goldstein allein gerichtet. Rechtsanwalt Dr. Döring bestrebt aber darauf, daß die Verhandlungen von vorn begonnen werden und stellt einen entsprechenden Antrag. Nach kurzer Beratung des Staatsgerichtshofs wird der Antrag des Dr. Döring abgelehnt.

Dr. Döring lehnt in einem erneuten Antrag den Senatspräsidenten Niedner wegen Beforgnis der Voreingenommenheit ab. Der Staatsgerichtshof zieht sich abermals zur Beratung zurück. Senatspräsident Niedner erklärt nach eingehender und amtlicher Feststellung seiner gestrigen Aussage loyal, daß ihm jede Voreingenommenheit fernliege. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Rechtsanwalt Dr. Döring die Verteidigung beibehält.

Rechtsanwalt Dr. Döring bleibt darauf bestehen, die Verteidigung niedergelegt zu haben.

Senatspräsident Niedner schließt diese Sitzung. Wiederbeginn 3 Uhr nachmittags.

Die Stinkbombe als völkische Waffe.

Zum Entsetzen aller Reaktionen hat die Schutzpolizei am „Franzosenmontag“ in Greifswald auch einmal deutsch völkische Rodaubruder zur Ordnung gewiesen. In den pommerischen Kreisblättern herrscht darüber große Entrüstung. Die man beachte über die Vorgänge in Greifswald, wie sie sich in diesen deutschen nationalen Blättern widerspiegeln, dann glaubt man, daß der Weltuntergang nahe bevorsteht. Ein Franzose, ein selbsthätiger Franzose hat sprachlos dürfen! Bergeblisch haben die Epische und die völkischen Studentengruppen ihr „Siegereich wolle wir Frankreich schlagen“ in den Saal zu schmettern versucht, das Gurchbare ist geschehen, der Franzose hat gesprochen! Das Schlimmste aber passierte am Tage darauf: Da prongte in einigen Greifswalder Blättern folgendes „Eingefandt“:

„Am Montagabend ist von politisch unreifen Elementen der Greifswalder Studentenschaft versucht worden, die internationale Luwengegenfeier durch Werfen von Stinkbomben und dergleichen zu stören. Wir legen Wert auf die Feststellung, daß, obwohl sich unsere hiesige Parteilung prinzipiell gegen das Werfen eines Franzosen während der gegenwärtigen Zeit politischer Hochspannung erklärt hat, keines unserer Mitglieds an obengenannten Aktionen teilgenommen hat. Studenten-gruppe der Deutschen Volkspartei.“

Dann allerdings kann das nationale Deutschland nur sein Haupt verhalten. Wenn die Stinkbombe nicht mehr als Waffe anerkannt wird, wenn Gummiknüttel und Schiagränge von der Polizei beschlagnahmt werden, dann allerdings ist das Ende Deutschlands nahe.

Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen.

Die Aufstellung der Kandidaten abgeschlossen.

New York, 7. August. (Eigener Juntbericht.) Die Vorbereitung der Partein zur amerikanischen Präsidentschaftswahl sind nunmehr abgeschlossen. Am 4. November werden die 531 Wahlmänner gewählt, die dann den Präsidenten zu wählen haben. Es bestehen sieben verschiedene Wahlschlüsse. In Betracht kommen jedoch nur die Republikaner mit ihrem Kandidaten Coolidge, dem jetzigen Präsidenten, die Demokraten mit Davis und die Unabhängigen Republikaner mit La Follette. Diesen haben die Sozialisten und die Gewerkschaften ihre Unterstützung zugesagt. Alle anderen Kandidaten scheiden von vornherein als ernste Bewerber aus. Die absolute Mehrheit der Wahlmänner ist 266. Wahrscheinlich wird keiner der drei ausschlagentenden Kandidaten die absolute Mehrheit erzielen. Ein Kompromiß zweier Parteien wird nötig werden, wobei voraussichtlich die neue Partei La Follettes das Jünglein an der Wage sein wird.

ein zartes Gedicht, wie ein Gedicht ohne Worte. Mit welcher Grazie bog sich ihr horriges Köpfchen, welche Hingebung, Demut, Liebe barg sich hier! Und mit jeder noch so schwachen Bewegung ging ein schwaches Zittern bis zur Wurzel: Spiegelbild meines eigenen Erschauerns.

Dicht stehen die Halme nebeneinander, friedlich und einer dem anderen Dicht gebend und Schutz gewährend. Kein Erbsenstumpf entbrennt, alle sind zu gleicher Höhe erwachsen, alle tragen das gleiche Gesicht, alle fühlen sich einer Mutter entsprossen, fühlen sich eines Geschlechtes. So wächst und reift und blüht ein jeder für sich, ja, sie geben von ihrem Blüten noch ab, aber sie sind doch im einzelnen auf die Einheit in der Vollendung des Selbst, auf die Vollendung der Rasse bedacht. Gemüß, einer kann nichts, einer ist nichts, aber viel Eine geben ein Ganzes, geben den Ausdruck, das Gesicht, das Werk. Die große Idee, im einzelnen verankert: so wird sie zu strahlendem Siege geführt, so wird sie Gestaltung: einer für alle. Einer ist alle!

Da rauschte das Korn in mächtigen Akkorden. Wieder führte die Geige die erste Geige, und die Brillen bedienten fleißig die Holzinstrumente — aber mein Herz schwang nicht mit, mein Herz war nicht der ewigen Sinfonie Kapellmeister: ich dachte an die Menschen, die so viel gefeierter als die dummen Kornähren sind!

Ernst Toller am Vortragstisch.

Es war eine schöne menschliche Tat der freien Gewerkschaftsjugend und der freien Angestelltenjugend, den Ertrag der Vorlesung Ernst Tollers aus eigenen Werken am Donnerstagabend im Gewerkschaftshause für die noch immer in den Gefängnissen schmachtenden Opfer der bayerischen Schandjustiz zu bestimmen. Toller selbst unterstrich diesen Zweck der Veranstaltung gleich zu Beginn des Abends dadurch, daß er zwei Gedichte von Erich Mühsam vorlas, die den Seelenzustand und die Freiheitssehnsucht dieser Opfer reaktionärer Barbarei lebendig widerpiegeln. Aus seinem eigenen Schosfen ließ er dann das „Schwalbenbuch“ und die dritte Szene aus „Rasse Mensch“, in der er sein sozialistisches Revolutionsideal der Ausartung des proletarischen Befreiungskampfes zum Bürgerkrieg entgegengesetzt, vor uns erschauen. Der starke seelische Druck, der noch auf ihm lastet, kam in seinen mit überaus eindringlicher Vortragstunf gebolten Darbietungen mit unheimlicher Gewalt zur Geltung und weckte eben dadurch nachhaltige Erschütterungen in den Zuhörern.

Es war weniger ein künstlerisches Erlebnis als vielmehr eine Tat des Ethos und des Menschentums, die dem Abend ihr Gepräge gab. Daß sie gerade in der Jugend lebhaftesten Widerhall fand, ist erfreulich, doch sollte sich die Jugend bei aller Anerkennung ihres idealistischen Enthusiasmus davor hüten, sich zu allzu überschwenglichen Jubilationen hinreißen zu lassen, wie sie in den Begrüßungsworten eines jugendlichen Redners an Toller im Anschluß an seine Vorlesungen zum Ausdruck kamen. Toller wies dann auch in seinen Schlussworten dies Uebermaß zurück und rief die Jugend mit entschämter Leidenschaft dazu auf, aus eigener Kraft und in voller

Selbständigkeit für die Erneuerung der menschlichen Gesellschaft und die Vertiefung des Rechtsgefühls ans Werk zu gehen. Dabei gab er aus seinen Erlebnissen einige Bilder des bayerischen Justizmechanismus, die an Robeit und Furchtbarkeit kaum noch übertrieben werden können. In seinem feurigen Aufreiß zu unermüdlichem Kampf gegen die Entmenschung des Menschen liegt das eigentliche, mitreißende Ereignis dieses Abends, und der spontan angestimmte allgemeine Gesang der „Internationalen“ gab diesem gemeinsamen Gefühl Ausdruck.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß am kommenden Sonntag vormittag um 12 Uhr im Theater „Die Tribüne“ eine Morgenfeier für den gefangenen Dichter und Kämpfer Erich Mühsam stattfinden wird, bei der Toller eine Ansprache hält. Br.

Der Segen der Tuberkulosebekämpfung. Die 4. Tuberkulose-Konferenz, die in Lausanne tagte, nahm einstimmig eine Erklärung an, in der es heißt: „Die Konferenz verzeichnet mit lebhafter Genugtuung den in allen Ländern der Welt konstatierten Rückgang der Tuberkulose und stellt fest, daß die methodische Organisation der Bekämpfung der Tuberkulose einer der wichtigsten Faktoren dafür ist. Das geht daraus hervor, daß der Rückgang der Tuberkulose in den Ländern beträchtlicher ist, in denen jene Organisation existiert und seit einer bestimmten Zeit durchgeführt wird. Die Konferenz empfiehlt der Beachtung der Behörden diese Tatsache, die auf Sterblichkeitsstatistiken sich gründet und wissenschaftlich feststeht, sowie die daraus sich ergebende Notwendigkeit, daß ähnliche Statistiken in allen blühenden Ländern mit Hilfe einer geeigneten Gesetzgebung und Verwaltung aufgestellt werden.“

Die Münchener Telephon-Oper. Die seit einigen Monaten bekannt gewordene Möglichkeit, Opern und Musikaufführungen bei automatischen Fernsprecheinrichtungen durch Fernsprecher einer bestimmten Zahl von Teilnehmern zugänglich zu machen, ist in den letzten Monaten von der Abteilung für die Kunst des Reichspostministeriums unter Mithilfe des Bayerischen Unterrichtsministeriums und der Münchener Nationaltheater-Generaldirektion durch Versuche eingehend nachgeprüft worden. Diese Vorversuche sind nunmehr abgeschlossen und die Zulassung von Münchener Teilnehmern soll nächsten Oktober versucht werden. Die Ausdehnung der Opernanklänge auf andere mit Selbstfunkempfängern ausgestattete Orte in Bayern ist in Aussicht genommen.

Die Zukunft des Lesing-Theaters. Im Lesing-Theater bleibt bis zum 1. Oktober ein Gastspiel der Wiener Theaterdirektion Schwarz ein, die dort eine Wiener Revue aufzuführen wollen. Was dann aus dem Hause wird, weiß vorläufig niemand. Da wir es in der deutschen Republik verabsäumen haben, ein Theaterstück mit weitgehenden Einwirkungsrechten vom Staat und Gemeinde zu schaffen, sieht nicht im Wege, daß die Rotter ein Reflektionshaus oder ein Volkstheater daraus machen.

Zählung neuer Rassen? Professor Voronoff hat auf dem wissenschaftlichen Kongress von Moskau über die letzten Kreuzungsversuche zwischen Bibbern und Hegen berichtet, die in Ägypten angelegt wurden und gute Ergebnisse erzielten. Voronoff behauptete, man könne die gleichen Experimente auch mit anderen Rassen vornehmen.

Volkparteiliche Sorgen.

Sozialdemokratischer Regierungspräsident ein Greuel.

Die französische Befehlsgewalt in Düsseldorf verhindert noch immer die Wiedereintritt des Regierungspräsidenten Dr. Grüner. Obwohl der Ausgewiesene von der Grenze des besetzten Gebietes aus wenigstens einen Teil seiner Amtsgeschäfte zu verrichten suchte, litt doch das Amt unter der dauernden Abwesenheit seines ersten Beamten so sehr, daß sich das Ministerium entschloß, einen Wechsel einzutreten zu lassen. Der bisherige Regierungspräsident von Merseburg, Bergemann, ist mit der kommissarischen Leitung der Regierung in Düsseldorf beauftragt worden und hat auch die Genehmigung zur Einreise von der Befehlsgewalt erhalten.

Man sollte annehmen, daß alle ihn in seiner außerordentlich schwierigen Aufgabe unterstützen würden, denen nicht die Hege gegen die Beamten der Republik zum Gewerbe geworden ist. Das erfordert schon das einfache nationale Empfinden, das jene zwar im Grunde führen, aber sonst ständig vernichten lassen. Kaum wurde jedoch die Ernennung Bergemanns bekannt, so gingen die Protestaktionen im Bezirk Düsseldorf los. Die Agrariervereine verlangen, daß zum Leiter ihres Bezirks ein Mann aus ihrer Mitte mit christlicher Weltanschauung genommen wird. Und prompt schließt sich die Deutsche Volkspartei diesem Verlangen an. In ihrer „Nationalliberalen Korrespondenz“ zeigt sie sich darüber erstaunt und beunruhigt, daß Bergemann Sozialdemokrat ist, als solcher Kandidat in Coblenz war, dann Regierungspräsident in Merseburg und schließlich gar nach Düsseldorf geschickt wurde. Dieser letztere Bezirk verlange „außerordentliche Fähigkeiten und größten Takt“. Der Inhaber des Amtes müsse „über ein besonderes Maß von Verwaltungstechnischen Kenntnissen verfügen“, um seine Autorität durchsetzen zu können. Für Düsseldorf komme „nur eine hervorragende Persönlichkeit“ in Frage, die imstande sei, gegenüber der Kommunalverwaltung, der Industrie wie auch der Arbeiterschaft in gleicher Weise Autorität auszuüben.

Hinter diesen volksparteilichen Klagen steht augenscheinlich „die Industrie“, der ein gewerkschaftlich vorgebildeter Beamter vor allem ein Dorn im Auge ist. Daß Bergemann der Arbeiterschaft gegenüber einen viel leichteren Stand haben wird als irgend ein Bürokrat der alten Schule, ist schon aus dem Grunde wahrscheinlich, weil er ihre Sprache kennt und ihre Bedürfnisse nicht minder. Weist also nur „die Industrie“ — deren Sprachrohr die Deutsche Volkspartei von jeher gewesen ist — die Bergemanns Anwesenheit nicht gern sieht und deshalb seine Abberufung fordert.

Wir hoffen, daß das Ministerium vor diesem ersten Versuch, die kapitalistische Interessenwirtschaft wieder auf die Befehlsgewalt von verantwortlichen Beamten auszudehnen, mit aller Schärfe zurückweisen wird. Gerade der jetzt berufene Genosse Bergemann ist bisher der einzige Sozialdemokrat, der vom Landrat zum Regierungspräsidenten „avanciert“ ist. Er muß also in seiner Amtstätigkeit eine besondere Befähigung entwickelt haben. Wozu es der Volkspartei ankommt, ist allerdings leicht erkennbar. Sie möchte, wie ihre Freunde das in den Kommunen befohlen, auch den letzten Sozialdemokraten aus amtlichen Stellungen entfernen, um dann ihren deutschnationalen Freunden wieder den Weg zur Macht zu ebnen. Einweisen wird ihr das noch mißglücken und wir hoffen, daß die Zeit nicht fern ist, in der jeder derartige Versuch endgültig zum Scheitern verurteilt sein wird.

Ein unverständliches Verbot.

Die Folge nationalistischer Drohung.

Stralsund, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwochabend sollte hier der französische Abgeordnete Jean Gauthier im Gewerkschaftshaus sprechen. Die reaktionären Kreise betrieben aus diesem Grunde eine infame Hege unter der Bürgerchaft und entsandten eine Abordnung der verschiedensten rechtsgerichteten Vereine zum Regierungspräsidenten, um ein Verbot dieser „Riewieder-Krieg“-Rundgebung durchzusetzen. Dabei gab man unumwunden zu verstehen, daß es, ebenso wie in Greifswald, zu Unruhen kommen würde. Der demokratische Regierungspräsident hat sich tatsächlich durch diese Drohung bewegen lassen, zu verbieten, daß ein Franzose das Wort ergreift. Die Stralsunder Polizei ging noch weiter und hat daraufhin die ganze Veranstaltung unterlagert. Drei Stunden vor Beginn der Versammlung befiehlt der Regierungspräsident das Verbot.

Soll sich etwa die ganze Schmach der Vorkriegszeit wiederholen, die einem Jaurès das Reden in Deutschland unmöglich machte?

Der Memel-Putschplan.

Weitere Verhaftungen.

Memel, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach den litauischen Polizeimeasuren soll an der Spitze des angeblich geplanten Putschversuchs ein ehemaliger preussischer Feldwebel namens Blumenau stehen; der Putschplan sollte in der Hauptsache durch den ostpreussischen Nationalistenführer Hauptmann Simon Tissi, der bereits im Jahre 1919 beim Rückzug der Baltikum-Truppen im Memelgebiet von sich reden gemacht hatte, durchgeführt werden. Es sei vorgelesen worden, daß sofort die memelländischen Litauer und die litauischen Offiziere festgenommen werden, um später als Geiseln verwendet zu werden. Besondere Maßnahmen waren gegen den Gouverneur, den Landespräsidenten und andere führende litauische Persönlichkeiten des Landes geplant gewesen. Am Mittwoch sind im Zusammenhang mit dem Putschplan im Hofenland weitere 18 und am Donnerstag vormittag vier Personen verhaftet worden. Ueber das Ergebnis der bisherigen Untersuchung gegen einzelne Personen wartet die Polizeibehörde strenges Stillschweigen.

Ein zuständiger deutscher Regierungsstelle wird betont, daß kein Reichsdeutscher unter den an dieser Sache Beteiligten sei. Ob nicht Reichsdeutsche außerhalb des Memellandes doch damit zu tun haben, dürfte schwer festzustellen sein. Wenn aber die Polizei des dued Putsch in den Besitz des Memellandes gekommenen Litauen mit dem „ehemaligen preussischen Feldwebel“ operiert, so ist das lächerlich; waren doch die Memelländer bis vor kurzem Reichsdeutsche und mußten deutsche Soldaten werden. Wieviel ehemalige preussische oder russische Offiziere und Beamte sind nur in den neuen Oststaaten hoch in Amt und Ehren!

Ein Schandbubenstreich. In Altona haben böllische Helben nächstherweise den vom „Reichsbanner Schwarz-rot-Gold“ am Gedenktag für die Opfer des Weltkrieges am Geländedenkmal niedergelegten Kranz mit Schleife in den Reichsfarben getroffen und die Schleife zerlegt.

Ludendorff und Tirpitz sind krank. Unter dieser Ueberschrift meldet die Telegraphen-Linien: Zur Rundgebung aus Anlaß der 10jährigen Wiederkehr der Mobilmachung 1914, veranstaltet vom Nationalverband deutscher Offiziere, Landesverband Groß-Berlin-Brandenburg, wird General Ludendorff nicht erscheinen. Ludendorff hat dem Nationalverband Mitteilung davon gemacht, daß er erkrankt ist. Sollte Ludendorff nicht erscheinen, so wird die Rede verlesen werden. Wie bekannt, hat auch Großadmiral Tirpitz krankheitsbedingt abgesehen. Es wird an seiner Stelle Admiral Schroeder das Wort ergreifen.

Die „Ordnung“ des Ordnungsbundes.

Fünf Monate Deutscher-Regierung.

Man schreibt uns aus Thüringen:

Als am 10. Februar d. J. die Landtagswahlen in Thüringen geschloßen waren, jubelte die Thüringer Reaktion bis hinein in die demokratischen Reihen ob ihres großen Erfolges. Die Kommunisten, die 7 neue Mandate erobert hatten, stammten in den Jubel mit ein, denn sie hatten ja gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien den 2. Thüringer Landtag am 14. Dezember 1923 aufgelöst und sie waren in den Wahlkampf gegangen, um die Sozialdemokratie — diesen ständigen Leichnam, wie die Kommunisten so schön sagten — zu vernichten.

Das letztere ist weder dem „Ordnungsbund“, noch den Kommunisten gelungen; wenn auch die Sozialdemokratische Partei gegenüber der Wahl vom Jahre 1921 22 Proz. ihrer Stimmen verlor und 5 Mandate einbüßte, so ist sie immer noch die stärkste Fraktion mit 17 Mandaten in den Landtag eingezogen. Nach dieser Stärke hätte auch im 3. Thüringer Landtag ein Sozialdemokrat als Präsident gewählt werden müssen, wenn der „Ordnungsbund“ den parlamentarischen Gebräuchen und nicht der Gewaltpolitik Rechnung getragen hätte.

Aber nachdem der „Ordnungsbund“ diesen „Sieg“ bei der Wahl erfochten, wollte er seine Macht mit brutaler Gewalt nach allen Seiten ausüben. Er wollte nicht nur die Männer der Regierung aus seinen Reihen stellen, sondern auch den Landtagspräsidenten. Zumal der Landtagspräsident in Thüringen auf Grund der Thür. Verfassung das Recht hat:

„Die Urkunden über die Anstellung der Mitglieder der Landesregierung und über ihre Befehle in den Verordnungen zu unterzeichnen. Ferner, jedes Mitglied der Landesregierung beim Amtsantritt durch Handschlag zu verpflichten und ihm das Gelöbnis abzunehmen: Sie geloben alle ihre Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen, die Pflichten des ihnen übertragenen Amtes gewissenhaft zu erfüllen und die Befehle, insbesondere die Reichs- und Landesverfassung sorgfältig zu beobachten.“

Erst wenn der zu Verpflichtende die Worte spricht: „Ich gelobe es“, — die Befolgung einer religiösen Beteuerung ist zulässig — kann er seine Funktionen als Minister oder Staatsrat übernehmen.

Der „Ordnungsbund“ wollte es nicht zulassen, daß ein Sozialdemokrat die bürgerlichen Minister oder Staatsräte „anstellt“, eventuell sie auf die Folgen aufmerksam macht, wenn sie ihre Pflicht der Erfüllung des abgegebenen Eides nicht erfüllen.

Daß die Deutscher-Regierung in diesen 5 Monaten mehr wie einmal gegen das Wohl des Volkes gefandelt und die Pflichten des ihr übertragenen Amtes mehr als einmal verletzt hat, werden auch die Herren des „Ordnungsbundes“ nicht bestritten können. Sie hat in der Zeit, wo der Landtag verammelt war, eine Anzahl sehr wichtiger Fragen durch Rotgesetze aus der Welt geschafft, trotzdem der Artikel 33 der Thür. Verfassung ganz deutlich sagt:

„Die Landesregierung kann in dringenden Fällen, wenn der Landtag nicht verammelt ist, ein Gesetz als Notgesetz erlassen. Das Notgesetz darf der Verfassung nicht zuwiderlaufen.“

Sie hat frisch drauflos mit Rotgesetzen gearbeitet, während der Landtag tagte. Aber auch weiterhin hat die Deutscher-Regierung ihre Pflicht gegenüber dem Landtag und der Verfassung nicht erfüllt. Es ist oftmals vorgekommen, daß der Landtag wichtige Vorlagen behandelt und die Ministerkabinette vollkommen verwirrt waren. Mehr als einmal ist es in dieser Regierungsherrschaft passiert, daß wenn von der Landesregierung irgendeine Regierungsvorlage im Landtag begründet werden sollte, überhaupt keine Regierungsvertreter zu finden waren. Ja, der Landtag mußte mit seinem Arbeiten aufhören, und es mußte erst irgendein Ministerialrat herbeigerufen werden, der dann im Landtag ein paar Worte herstellte, um die „Regierungsarbeit zu begründen“. So herrliche Zustände, wie sie der „Ordnungsbund“ hier zu Lande geschaffen hat, werden wohl kaum in einem zweiten Parlament Deutschlands existieren.

Aber der „Ordnungsbund“ hatte doch den Wählern größte Sparsamkeit versprochen und da war die erste „große Tat“, die er zur Welt brachte, „Abbau der Ministerien“. Es mußte also „oben“ mit der Sparsamkeit angefangen werden.

Der erste Thüringer Landtag, welcher am 6. Juni 1920 gewählt wurde, und der nach langem Verhandeln eine Regierung zwischen Sozialdemokraten und Demokraten — durchgesetzt mit zwei Fachministern — zustande brachte, hatte im neuen Thüringer Staats vier Ministerien geschaffen: je ein Ministerium für das Innere, für die Wirtschaft, für die Finanzen, während Volksbildung und Justiz in ein Ministerium zusammengelegt wurden. Dieser Zustand hat sich nicht bewährt. Als der erste Thüringer Landtag nach einem Jahre aufgelöst wurde und bei der Neuwahl des zweiten Thüringer Landtages, am 11. September 1921, die Linksparteien die Mehrheit erhielten und eine rein sozialistische Regierung bildeten, wurde die Zahl der Ministerien durch Gesetz auf fünf erhöht. Das Volksbildungsministerium wurde von der Justiz getrennt, ein Volksbildungsminister vom Landtag gewählt, der dann auch für die Volksbildung etwas leisten konnte.

Diese Einrichtung der fünf Ministerien hatte sich vollkommen bewährt. Denn was die fünf sozialdemokratischen Minister an Aufbaubarbeit geleistet haben, was sie an großen Gesetzesvorlagen dem Landtag unterbreiteten, und was der Landtag, solange die Kommunisten die Kossauer Parole nicht beachtet, an großen Befehlen verabschiedet hat, wird vielleicht noch in einer späteren Zeit gewürdigt werden. Aber der Ordnungsbund vom Jahre 1924 wollte zeigen, daß er alles viel billiger und schließlich obendrein noch besser machen kann und darum wurde durch ein neues Gesetz die Zahl der Minister auf drei herabgesetzt, die dann, zumal wenn sie von ihrem Fach nichts nicht das richtige Verständnis haben, die normale Gesetzgebungsarbeit gänzlich außer acht lassen. Dilletantische Staatsräte wursteln heute in Gemeinschaft mit Ministerialräten an großen Gesetzen herum, um schließlich das niedergureißen und zu zerschlagen, was in den Jahren 1921 bis 1923 sorgsam aufgebaut wurde.

Was die allgemeine Situation in Thüringen anlangt, so scheint auch der „Ordnungsbund“ heute schon der Meinung zu sein, daß der Karren in den fünf Monaten „Ordnungsbundherrlichkeit“ vollkommen verfahren ist. Die Demokraten, die sich während der Wahl dem „Ordnungsbund“ mit Haut und Haaren verschrieben hatten, stehen teilweise zur Deutscher-Regierung und zum „Ordnungsbund“ in Opposition, während die Dinter-Garde, die Böllschen, heute überhaupt keine Bedeutung mehr im Landtage haben. Würde nicht es und zu der Abg. Dr. Dinter den „Juden Böß“ durch eine kleine Anstange angreifen, es würde sich kein Mensch mehr um diese Leute kümmern. Ganz fälschlicherweise hat man den Böllschen eine Bedeutung beigemessen, die sie gar nicht besitzen haben.

Anders sieht es allerdings mit dem Landbund. Die 14 Abgeordnete starke Landbundfraktion — die stärkste Fraktion im „Ordnungsbund“ — kommandiert. Sie weiß was sie will!

Ohne die Zustimmung der Landbundfraktion darf kein Minister etwas unternehmen. Die sozialistische Schulpolitik, die zweifellos vorbildlich war, auch für andere Staaten, wird auf Kommando des Landbundes zerschlagen. Die bürgerlichen Studienräte sind nur die Vollstreckungsbeamten. Der Landbund verweigert das Zahlen der Steuern, trotzdem wird der Landespolizeietat bedeutend erhöht, die Mannschaften verstärkt, damit „Ordnung“ in Thüringen herrsche.

Die auf Grund der neuen Gemeindeordnung zusammengefügten Gemeinden werden brutal auseinandergerissen, mitunter selbst gegen die Ansicht der Deutscher-Regierung. Über der Landbund bestimmt und Regierung und die anderen bürgerlichen Parteien haben zu gehorchen. Selbst die Staatsbank möchte der Landbund in ein Institut umwandeln, welches in der Hauptsache seinen Zwecken dient.

Zunächst ist der Landtag bis zum Herbst vertagt. Was dann kommt, wird sich schon bei der Staatsberatung zeigen. Die Sozialdemokratie wird den Kampf gegen die abgewirtschaftete Deutscher-Regierung mit aller Kraft fortsetzen.

Wirtschaft

Die Arbeitslosenziffer steigt.

Nach der Statistischen Beilage zum Reichsarbeitsblatt war die auf Grund der Mitgliederzahlen der Krankenkassen berechnete Beschäftigungsziffer (verglichen mit dem 1. Januar 1922) Ende Juni 101,3 gegen 102,4 Ende Mai.

Auf 100 offene Stellen kamen bei den Arbeitsnachweisen 288 Angebote (gegen 235), und zwar für Männer 359 (289), Frauen 171 (143).

Die Zahl der vermittelten Arbeitsstellen sank von 459 962 im Mai auf 347 401 im Juni, für Männer von 321 119 auf 241 315, Frauen von 138 845 auf 106 086.

Hauptunterstützungsempfänger bei der Erwerbslosenfürsorge (ohne befestigtes Gebiet) gab es am 1. Juli 239 500 (218 685 M., 20 814 F.) gegen 206 258 (192 148 M., 16 110 F.) am 1. Juni.

Die Lebenshaltungs-Indezahl (mit Bekleidung) sank (1913/14 gleich 100) von 1,15 am 1. Juni auf 1,12 am 1. Juli, stand aber am 16. Juli wieder auf 1,15.

Die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger betrug am 15. Juni in Preußen ohne befestigtes Gebiet 128 708 männliche, 10 420 weibliche Hauptunterstützungsempfänger, zusammen 139 128 (5 auf 1000 Einwohner) und 176 458 Zuschlagsempfänger (Familienangehörige) insgesamt 315 586 (11,34 auf 1000 Einwohner). Davon kamen auf

	Hauptunterstützungsempf.	Zuschlagsempfänger	Zusammen	auf 1000 Einwohner
Berlin	24 441	3 988	28 429	7,5
Prov. Brandenburg	5 104	474	5 688	2,8
	22 062	50 496	18 302	

Unter den deutschen Industrie- und Großstädten (ohne befestigtes Gebiet) wies am 15. Juli den höchsten Satz Offenbach mit 27,0 Hauptunterstützungsempfängern auf (gegen 23,2 am 1. Juli), den niedrigsten Stuttgart mit 1,2 (0,8).

Am 15. Juli waren auf 711 berichtenden Arbeitsnachweisen verfügbare

	Arbeitsuchende		Offene Stellen	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	561 851	128 676	10 660	18 780

Darvon: A nach Berufsgruppen

	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Metallerzeugung u. Maschinenbau	116 908	6 464	501	119
Textilindustrie u. Bekleidungsindustrie	175 945	26 288	1 246	434
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	10 006	1 690	4 840	6 580

B nach Gebieten

	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Berlin	68 224	29 328	238	606
Prov. Brandenburg	10 151	1 886	894	707
Rheinland	107 649	12 179	445	1 027
Wahern	54 004	10 649	1 051	2 795
Freistaat Sachsen	48 066	18 843	835	1 086

In den Arbeiterfachverbänden, von denen über 3 282 000 Mitglieder berichtet wurde, wurden im Juni auf je 100 Mitglieder gezählt:

	Arbeitslose			Kurzarbeiter		
	männlich	weiblich	im ganzen	männlich	weiblich	im ganzen
	11,2	8,1	10,4	17,8	24,6	19,4

	Arbeitslose			Kurzarbeiter		
	männlich	weiblich	im ganzen	männlich	weiblich	im ganzen
Darvon:						
Maschinenbau u. Metallverarbeitung	15,7	12,4	15,4	30,6	36,6	31,2
Textilindustrie	4,1	4,6	4,4	34,5	31,8	32,5
Lebensmittelindustrie	10,6	11,8	10,8	38,0	45,0	40,5
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	12,2	9,9	12,0	14,2	20,7	14,8
Gewerbe	2,0	6,8	2,0	1,4	5,1	1,4

Die erschreckenden Zahlen namentlich der Kurzarbeiter zeigen die unabwiesbare Notwendigkeit der reichsgesetzlichen Fürsorge.

Die Ausfuhrpolitik des Reichsernährungsministers.

Graf Kanitz, der Schweigame, hat bis jetzt immer noch nichts veranlassen lassen, wie er die von ihm angebotene Preisarretierung anwenden will. Die freie Getreideausfuhr treibt in der Zeit, wo der Minister Schweigt, die deutschen Preise an die spekulativ hochgetriebenen amerikanischen Preise, obwohl sich das Einkommen des amerikanischen zum deutschen Arbeiter wie 3:1 verhält.

Selbstverständlich ist auch, daß schon in nächster Zeit verstärkte Brotgetreideeinfuhren nach Deutschland notwendig werden, da der nach der Tschechoslowakei und dem Norden gehende deutsche Weizen doch Rücken hinterlassen hat. Hoffentlich hat sich der Ernährungsminister darüber schon Gedanken gemacht.

Wie sieht es also mit den für die Wiedereinführung erforderlichen Devisen? Man muß doch wohl annehmen, daß sie von der Reichsbank sichergestellt sind, da unferes Wissens die Abkleeferung der aus der Ausfuhr erzielten Devisen nur zum Teil vorgeschrieben ist. Wenn nicht, müßte bei der Unsicherheit der Verhältnisse das Vorgehen des Grafen Kanitz als Katastrophopolitik ersten Ranges bezeichnet werden, denn die Gefahr ist riesengroß, daß die von der Reichsbank unter so schwierigen Verhältnissen in geordnete Bahnen gebrachte Devisenpolitik ins Wanken gebracht werden könnte, wenn plötzlich die ausgeführte Menge Brotgetreide wieder eingeführt werden müßte. Daher dürfte es dringliche Aufgabe der Reichsregierung und der Reichsbank sein, die Ausfuhrpolitik des Reichsernährungsministers einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen.

Gewerkschaftsbewegung

Die kommunistische Gewerkschaftsattacke.

In Nr. 327 des „Vorwärts“ haben wir bereits auf die neue Parole des Moskauer Allernationalekongresses hingewiesen: „Zurück in die Gewerkschaften!“ Die „rote Fahne“ brachte am Donnerstag den ersten Teil des Referats von Sinowjew zur Gewerkschaftsfrage, den dieser dem „Weltkongress“ erstattet hat. Herr Sinowjew setzte sich zunächst mit der Berliner „Schumacheri“ auseinander, d. h. der hauptsächlich von dem Schneider Schumacher vertretenen Auffassung, aus den „reformistisch verfeuchteten“ Gewerkschaften auszutreten und kommunistische Gewerkschaften zu bilden. Der seinerzeit so urplötzlich zum Kommunisten belehrte Schumacher, der sich mit dem ganzen Eifer des durch frühere abfällige Kritiken in Briefen aus Moskau belasteten Neubekehrten um die Palme des kommunistischen Radikalismus bemühte und es wagte, gegen Sinowjew und andere Moskauer Halbgötter eine eigene Meinung zu vertreten, wurde von Sinowjew auf dem Weltkongress über zugerichtet. Mit einer geradezu sadistisch-wollüstigen Grausamkeit fiel Sinowjew über ihn her.

Schumacher ist erledigt.

Da sein Gehirn nicht so groß ist als seine Mundöffnung, konnte er sich in all den verschiedenen sich widersprechenden Parolen nicht mehr aus. Er mußte sich sagen lassen: „Wer sich einen Leninisten nennt, wer die Partei bolschewisieren will (mir scheint auch Schumacher behauptet das, — aber Gott behüte uns vor einer solchen Bolschewisierung), — der wird die Gewerkschaften nicht spalten. Das wäre im Gegenteil eine Unterstützung des Menschewismus, mag sich auch Schumacher für einen „Linken“ halten. Solche „Linken“ haben wir schon reichlich gesehen. Wenn ich mich nicht irre, war Schumacher vor drei Jahren hier als Vertreter der U.S.P. anwesend, jetzt aber gebärdet er sich so, als ob die Internationale für ihn nicht genug links stünde.“ „Das kommt oft vor!“ rief Kadeb dazwischen, die günstige Gelegenheit flugs nützend, sein eigenes getrübbes Licht in dem Schumacherschatten aufklären zu lassen. Sinowjew aber begnügte sich nicht mit der Abschlagung Schumachers, er behandelte unter Berufung auf Lenin sein Thema auch wissenschaftlich, um nachzuweisen, was längst erwiesen ist, daß nur eine starke, einheitliche Gewerkschaftsbewegung wertvoll ist, zerrissene und zerrüttete Gewerkschaften aber wertlos sind. Die bolschewistische Parteiorganisation hat erkannt, daß sie ohne die Gewerkschaften machtlos ist. Deshalb liegt es nicht in ihrer Absicht, die Gewerkschaften zu zerschlagen, vielmehr will sie sie vollständig in ihren Dienst stellen, sie von innen „erobern“, um sie zu beherrschen. Die maßlose Wut der Moskauer Allgemainten darüber, daß ihnen das in Deutschland nicht so leicht gelingt wie in Rußland, daß die deutschen Gewerkschaften sich nicht der Moskauer Diktatur unterwerfen wollen, richtet sich gegen die Gewerkschaftsführer, gegen die Sozialdemokraten.

Die bittere Sprache des Sinowjew

bringt diese Bestimmung zu uns etwas drastisch erscheinendem, den Uebelgeräten aber recht geläufigem Ausdruck. In Form einer weiteren Polemik gegen die deutsche kommunistische „Schumacheri“ führte der edle Sinowjew in Moskau aus:

„Schumacher vertritt die Ansicht, daß uns von den Sozialdemokraten eine ganze Weltanschauung trennt: daher, meint er, können wir mit ihnen nicht in den gleichen Gewerkschaften bleiben. Natürlich trennt uns von den Sozialdemokraten eine ganze Weltanschauung. Sie sind Lakaien der Bourgeoisie; wir aber sind Kommunisten. Wer versteht das nicht? Es brauchte nicht Schumacher kommen, um das zu entdecken. Oder man sagt: Diese Hunde, diese sozialdemokratischen Führer provozieren uns, um uns aus den Gewerkschaften hinauszuwerfen zu können. Wir müssen also die Gewerkschaften verlassen. Aber sie sind doch gerade darum Hunde, sie sind doch gerade darum bürgerliche Lakaien, um uns zu provozieren und die Gewerkschaften zu spalten. Wir sind so darum keine sentimentalen Träumer, sondern ehrliche proletarische Revolutionäre, um zu sagen: Hund bleibt Hund, die Lakaien der Bourgeoisie bleiben die Lakaien

der Bourgeoisie. Wir müssen trotz allem durchhalten, die Mehrheit unserer Klassengenossen in den Gewerkschaften, das heißt in jenen Organisationen, die noch unter der Führung dieser verfluchten Lakaien der Bourgeoisie stehen (aber nicht ewig stehen werden), um jeden Preis erobern. Es kommt die Zeit, wo wir die Mehrheit der Arbeiter in den Gewerkschaften erobern werden. So viel es uns auch kosten mag, werden wir auf die Eroberung dieses Organisationszentrums der Arbeiterklasse nicht verzichten.“

Es wäre müßig, sich über die Wutausbrüche eines Sinowjew zu ereifern. Beleidigen können solche Burtschen uns nicht. Es kommt ihnen in ihrer zarenähnlichen Selbstgefälligkeit nicht in den Sinn, sich zu fragen, warum trotz aller Geldopfer und Anstrengungen und trotz allen Elends in Deutschland es ihnen nicht gelingt, die Dinge in Deutschland so spielend wie in Rußland auf diesem Gebiete in ihrem Sinne zu lenken. Sie halten sich nicht bei der Frage auf, ob die Voraussetzungen, mit denen sie rechnen, in Deutschland überhaupt gegeben sind. Sie zahlen und jagen ihre Filialenführergruppe in Berlin nach der anderen davon, um ihren Willen durchzusetzen.

Eines muß man den Moskauern lassen: sie sind offen, sagen, was sie wollen. Sie sind Feinde der deutschen, erklärte Feinde aller Amsterdamer Gewerkschaften. Die „Einheitsfront“, wie sie sie auffassen, bedeutet die Belämpfung, Zerrüttung und Zerrückung unserer Gewerkschaften. Daraus ergibt sich die Aufgabe jedes überzeugten und ehrlichen Gewerkschafters in Deutschland von selbst. Aber auch die neueste Parole der „internationalen Einheitsfront“ muß dementsprechend gewertet werden. Der linken Führergruppe in der Amsterdamer Internationale — wie Wolowski sie nennt — sei daher das Studieren des Berichts der „Inprekor“ über die Behandlung der Gewerkschaftsfrage auf dem „Weltkongress“ gelegentlich empfohlen.

Zum Schiedspruch im Bankgewerbe.

Rundgebung der Bankangestellten.

Die Bankangestellten Berlins waren einem Auf des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten zahlreich gefolgt, um in einer Rundgebung gegen das Elend unter den Abgebauten und den noch in Stellung Befindlichen zu protestieren. Der Referent Emonts führte aus: Die Bankbeamten Deutschlands sind seit der Stabilisierung der Währung zu etwa 50 Proz. des Bestandes vom vorigen Jahr abgebaut. Das Elend unter den Abgebauten ist unbeschreiblich. Mit höherer Schulbildung und einer längeren Ausbildungszeit ausgestattet, sinken diese Arbeitnehmerkreise unter das Niveau der Gelegenheitsarbeiter herab. Für 20 Pf. Stundenlohn leisten sie, die nie körperliche Arbeit zu leisten gewohnt waren, beim Raqistrat Sandkipperarbeit und sehen sich trotz dieser verzweifeltsten Versuche nicht in der Lage, auch nur das Notwendigste zum Lebensunterhalt herbeizuschaffen. Diejenigen, die als Händler, Hausierer, Kaffierer auf Kummelpfählen einer elenden Erwerb gefunden haben, betrachten sich noch als die Glücklichen. Emonts schloß, wie ihn öfter schon Straßenbahnkaffierer als früheren Kollegen begrüßt hätten. Es ist schon mehrmals vorgelommen, daß Verbandsmitglieder mit ihren Kindern gemeinsam auf dem Verbandsbureau um Brot gestellt haben. Um diese Deklarierten kümmert sich kein Mensch, keine Behörde.

Aber die Lage der noch in Arbeit Stehenden ist auch nicht viel besser. Obwohl sie täglich neun Stunden fronden müssen, verdienen sie nicht soviel, daß sie die für ihre Stellung notwendigen Ausgaben bestreiten können. Emonts zog Vergleiche zwischen der Bezahlung der Reichswehrangehörigen und der der gewerblichen Angestellten, Kassaboten usw., die erheblich weniger erhalten. (Am Bankgewerbe werden diesen Angestellten, die für große Geldsummen verantwortlich sind, Gehälter in der Anfangsstufe von 94 M. und im Endgehalt nach 15jähriger Beschäftigung von 137 M. gezahlt.) Die staatlichen Bankanstalten zahlen ihren Angestellten erheblich höhere Gehälter und die privaten Angestellten verlangen, daß die Schlichtungsbehörden bei den Verhandlungen darauf Rücksicht nehmen. Es kam nicht an, daß beispielsweise ein Reichsbankangestellter ein Anfangsgehalt von 248 M. bezieht und ein Endgehalt von 348 M. hat, was noch eine 40prozentige Zulage kommt, während das Reichsarbeitsministerium der gleichen Gruppe Privat-

bankangestellter nur 137 M. resp. 249 M. ohne Zulagen zupricht. Die Bankleitungen scheinen ihre ganze Privatinitiative, die sie gegen die Sozialisierungsbestrebungen seinerzeit ins Feld führten, nur dazu zu verwenden, den Angestellten Hungergehälter zu zahlen.

Wenn jetzt der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch für verbindlich erklären soll, der mit der Erhöhung von 10 Prozent diese eben genannten Gehälter bringt, werden wahrscheinlich tiefergehendere Erhebungen angefleht werden, als im Januar d. J., als trotz beginnenden Abbaus der 9-Stunden-Schiedspruch verbindlich erklärt wurde.

Emonts erwähnte am Schluß feierlich mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen die Bankangestellten, nicht nur die Faust in der Tasche zu machen, sondern sich zu der Erkenntnis durchzuringen, daß nur die freigewerkschaftliche Organisation die Bankangestellten aus ihrem Elend befreien könne.

Nach einer anregenden Diskussion, in der mehrere Vertreter der Berliner Großbanken zu Worte kamen, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die zahlreich versammelten Berliner Bankangestellten erwarten von dem Arbeitsminister, der im Monat Dezember trotz beginnenden Abbaus im Bankgewerbe die 54stündige Arbeitswoche für verbindlich erklärte, daß er jetzt ebenso für die Monate Juli und August des laufenden Jahres die Erhöhung der Gehaltsätze um 10 Proz. für verbindlich erklärt. Die Bankangestellten würden durch diese Erhöhung in den Endgehältern ungefähr, in den Anfangsgehältern auch heute noch nicht das Einkommen erreichen, das ihre im Staatsdienste beschäftigten Kollegen bereits im Monat Januar d. J. verdienen.“

Von der Reichsarbeitsverwaltung erwartet die Berliner Bankangestellten, daß sie endlich ihr Interesse den nach Zehntausenden zählenden erwerbslosen Bankangestellten zuwendet, die nicht mehr darauf rechnen können, im Bankgewerbe unterkommen zu können, ohne die Aussicht zu haben, in anderen Gewerben heute Stellung zu finden. Die Versammelten aber geloben gleichzeitig, selbst mit aller Kraft in den Betrieben darauf zu wirken, daß die freigewerkschaftliche Organisation, der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten vom jüngsten Bureauursachen und Befehl bis zum Oberbeamten die im Bankgewerbe entscheidende bleibt.“

Die Knappschaffswahlen in Oberschlesien.

Unionisten und Kommunisten abgewirtschaftet.

Die Knappschaffswahlen für das Kohlenrevier West-Oberschlesien, die am 27. Juli stattfanden und deren endgültiges Ergebnis nunmehr vorliegt, brachten einen starken Erfolg für den Bergarbeiterverband. Es erhielten: Bergarbeiterverband 6128 Stimmen = 35 Sitze, Unionisten 2954 Stimmen = 8 Sitze, Christliche Gewerkschaften 1498 Stimmen = 4 Sitze, Polnischer Zentralverband, Polnische Berufsvereinigungen sowie 8 verschiedene sogenannte nationale Gruppen 2339 Stimmen = 11 Sitze. Die Wahlbeteiligung betrug knapp 40 Prozent. Das Wahlergebnis zeigt, daß Unionisten und Kommunisten infolge des letzten kommunistischen Streiks in Oberschlesien völlig abgewirtschaftet haben. Auch die Christlichen Verbände erlitten eine empfindliche Niederlage.

Weitere Stilllegungen und Einschränkungen.

Wie aus Essen berichtet wird, haben die Verbände des Bergwerkes einstimmig die Stilllegung aller Betriebe des Beton- und Tiefbaues im Rheinland und Westfalen beschlossen. Nach diesem Beschluß ist am 11. August offen auf den Bauflächen und Arbeitsplätzen im Rheinland und Westfalen beschäftigten Maurern, Zimmerern, Einschulern usw. auf Dienstag, den 12. August, abends, zu kündigen. Vom 13. August ab hat die Arbeit auf allen Baug- und Arbeitsplätzen des Hoch-, Beton- und Tiefbaues völlig zu ruhen.

Die Firma Benz in Mannheim hat ihrer Belegschaft mitgeteilt, daß sie durch die wirtschaftlichen Verhältnisse sich gezwungen sehe, die Arbeitszeit auf vier Tage in der Woche zu beschränken.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Fritz Götter; Gesundheit: A. G. Müller; Kultur: G. Götter; Religion: Fritz Götter; Anzeigen: H. Götter; Illustration: H. Götter; Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 66, Lindenstraße 2. Seite 1 Beilage.

ZUM SCHULANFANG

Verkauf nur soweit Vorrat

Mengenabgabe vorbehalten

Schulmappen für Knaben und Mädchen, aus gutem Bindl., schwarz u. braun 825	Schreibetuis mit reichem Inhalt, echt Leder 195	Schulmappen Kunstleder, für Knaben u. Mädchen, dauerhafte Qualität 525	Waschstoffe
Schulmappen für Knaben und Mädchen, Vollrindleder 975	Schreibhefte mit Löschblatt, Stück 5 Pf.	Frühstückstaschen Bindleder, mit gutem Lederriemen, zum Umhängen 17275	Krepon in verschiedenen Farben für Kinder-Kleider 85 Pf.
Schreibhefte mit Löschblatt, Stück 5 Pf.	Bleistifte Stück 5 bis 8 Pf.	Zeichenblock Stück 12, 15 Pf.	Baumw.-Musselin reine Baumwolle, 80 cm breit, aparte Muster 90 Pf.
Schulfedern sortierte, Dutzend 18 Pf.	Schulfedern sortierte, Dutzend 18 Pf.	Kopierstifte 3 Stück 10 Pf.	Zephir für Knaben-Sporthemden, Meter 95 Pf.
		Butterbrotpapier fettlos, 50 Blatt, Rolle 13 Pf.	Dirndl-Zephir ca. 80 cm breit, gestreift, kariert, Mtr. 145

Kinder-Konfektion

Knaben-Leibchenhosen aus haltbaren Stoffen, für 8-8 Jahre 190	Mädchen-Schulkleider in guten Wollstoffen 490 650
Knaben-Trägerhosen gute gewirnte Stoffe, für 9-14 Jahre 275	Mädchen-Mäntel in netter Ausführung 675 875
Knaben-Schulanzüge in festen Stoffen, offen und geschlossen zu tragen, für 9-14 Jahre 675	

Spezial-Angebot: **Damen-Lodenmäntel** garantiert wasserdicht, Ia Qualität **2750**

Wäschestickereien ca. 5 cm breit, Stück von 4 Meter **85 Pf.**

Kinder-Wäsche

Mädchen-Hemden vorzogl. Stoff, mit Hohlsaumlang, r. 1-13 J. 85 Pf. 185 bis
Mädchen-Beinkleider Kalotorn, mit Stickerivolant, für 1-13 J. 155 275 bis
Mädchen-Nachthemden halbr., Stickerrei, auch im Rücken garn., f. 3-13 J. 225 400 bis
Knaben-Hemden guter Stoff, mit Matrosenanschnitt, f. 1-13 J. 135 295 bis
Prinzessröcke feiner Stoff, mit Stickerrei garniert, für 1-13 Jahre 190 410 bis

Kinder-Schnürstiefel schwarz, breite Form **490 590** Größe 27-30 bis 31-35

Hermann Tietz FRANKFURTER ALLEE

Sandalen in Braun, mit biegsamer Sohle, Größe 27-35 **390**

Jurnschuhe in Braun, mit angezogener Gummisohle, Größe 30-35 **270**

Wilhelm Stein

Chausseestr. 70-71 * BERLIN N * Chausseestr. 70-71

- 1 Papierkorb 95 Pf.
- 1 Kinderkorb 95 Pf.
- 1 Korbtasche 95 Pf.
- 1 Brotkorb m. Nickerl 95 Pf.
- 1 Bürstentasche 95 Pf.
- 1 Spiegel weiß gerahmt 95 Pf.
- 1 Kunstblatt 95 Pf.
- 1 Kaliko gerahmt 95 Pf.
- 1 Fruchtkorb m. Majolika-Einlage 95 Pf.

- 1 Zigarr.-Abschn. Alpaka 95 Pf.
- 1 Zigarett.-Spitze Alpaka 95 Pf.
- 1 Feuerzeug Alpaka 95 Pf.
- 1 Dam.-Ring Silber 95 Pf.
- 1 Armband Silber 95 Pf.
- 1 Rocknadel Alpaka 95 Pf.
- 1 Armreifen mit Einlage 95 Pf.
- 1 Anhänger mit Kette 95 Pf.

Weisswaren

- Schillerkragen feiner Stoff, dopp. verarb. 95 Pf.
- Bubikragen mit Hobknäusen 95 Pf.
- Morganhaube mit Spitze und Bandversteck 95 Pf.
- Kopfschal aus Goldtüll, bestickt 95 Pf.
- Batistplissee ganz weiss u. mit farb. Hand Meter 95 Pf.
- Jabot aus Tüll mit Spitze 95 Pf.
- Matrosenkragen feiner, blauer Stoff 95 Pf.

Kleiderstoffe

- Schotten für Kleider und Blusen Meter 95 Pf.
- Blusenstreifen feinstück. Muster 95 Pf.
- Sportflanell Aparte Streifen, für Blusen u. Hood, Met. 95 Pf.
- Velours-Barochent gute Qual. u. Muster, Meter 95 Pf.
- Donegal für Mäntel u. Kostüme strapazier. Qual. Met. 95 Pf.
- Zephir für Oberhemden und Blusen Meter 95 Pf.

Baumwollwaren

- Damast für Bettwäsche, grifflos, Meter 95 Pf.
- Linon leinwandige Anfertigung, spez. für Bettwäsche, Meter 95 Pf.
- Renforce Prima feinstückige Qual. für Leinwand, Meter 95 Pf.
- Hemdenflanell doppelt gerahmt, für Strick, Met. 95 Pf.
- Schürzenstoffe dunkel und hell gestreift, Meter 95 Pf.
- Züchen haltbare Ware, in gross. Auswahl 95 Pf.
- Nessel für Bettwäsche und Laken Meter 95 Pf.
- Abschnitte u. Reste Handtuch, Laken und Nessel, ca. 1-1 1/2 Meter, versch. Farben, in Stickereien Läng. bis 4,10, Coup. 95 Pf.

Herren-Artikel

- Oberhemd.-Ersatz farbig, mit 1 Kragen 95 Pf.
- Herren-Krawatten edl. Binder 95 Pf.
- Strickbinder moderne Strick 95 Pf.
- Hosenträger Gemmt, für Herren 95 Pf.
- Sport-Kragen weiss und farbig 95 Pf.
- Hosenträger Gemmt, gute Qual. 95 Pf.
- Sport-Serviteurs farbig, mit Strickbinder 95 Pf.
- Schiller-Serviteurs weiss, farbig 95 Pf.
- Herren-Mützen 95 Pf.
- Knaben-Mützen 95 Pf.

Taschentücher

- Taschentücher 12 Stück, 6 Stk. 95 Pf.
- Taschentücher 12 Stück, 6 Stk. 95 Pf.
- Taschentücher 12 Stück, 6 Stk. 95 Pf.
- Taschentücher 12 Stück, 6 Stk. 95 Pf.
- Taschentücher 12 Stück, 6 Stk. 95 Pf.
- Taschentücher 12 Stück, 6 Stk. 95 Pf.
- Taschentücher 12 Stück, 6 Stk. 95 Pf.
- Taschentücher 12 Stück, 6 Stk. 95 Pf.
- Taschentücher 12 Stück, 6 Stk. 95 Pf.
- Taschentücher 12 Stück, 6 Stk. 95 Pf.

Strümpfe

- Damen-Strümpfe angl. lang. 95 Pf.
- Damen-Strümpfe angl. lang. 95 Pf.
- Damen-Strümpfe alle Farben 95 Pf.
- Damen-Strümpfe Dopp.-Sohlen 95 Pf.
- Damen-Füßlinge schwarz und braun 95 Pf.
- Herren-Socken 95 Pf.
- Herren-Socken farbig und gestreift 95 Pf.
- Herren-Socken farbig 95 Pf.
- Kinder-Strümpfe kleine Größen 95 Pf.
- Kinder-Strümpfe kleine Größen 95 Pf.

Handarbeiten

- Spielschürze 95 Pf.
- Taschentücher 95 Pf.
- Kissen schw. und weiss 95 Pf.
- Tischläufer versch. Zeichn. auf weissen Stoff 95 Pf.
- Bettwandschoner 95 Pf.
- Paradehandtücher versch. Zeichn. 95 Pf.
- Küchenhandtücher versch. Zeichn. 95 Pf.
- Küchentischdecke versch. Zeichn. 95 Pf.
- Nachtischdecken versch. Zeichn. 95 Pf.
- Waschtisch-Garnitur. 95 Pf.

Hauswäsche

- Poliertücher gold 95 Pf.
- Staubtücher weiche Qualität 95 Pf.
- Geschirrtücher kariert 95 Pf.
- Handtuch Gerstekorn, gew. und geh. u. röt. Kante 95 Pf.
- Handtuch Dreif. weiss, gew. und geh., hervorr. Qualität 95 Pf.
- Servietten in verschied. Dessins 95 Pf.

Wäsche

- Baby-Hemden 2 Stk. 95 Pf.
- Mull-Windeln 2 Stk. 95 Pf.
- Cambric-Windeln 2 Stk. 95 Pf.
- Frottier-Lätzchen 95 Pf.
- Mädchen-Hemden h. 50 cm lang 95 Pf.
- Mädch.-Beinkleider h. 35 cm lg. 95 Pf.
- Knaben-Hemden bis 60 cm lang 95 Pf.
- Untertailen mit Hobknäusen und Stickerei, Stk. 95 Pf.
- Badekappen 95 Pf.

Kurzwaren

- Elegante Strumpfbänder 95 Pf.
- Armblattweste waschbar 95 Pf.
- Armblätter mit weisser Gummiplatte 95 Pf.
- Schuhsenkel prima, Maho, 100 u. 120 cm lg. 95 Pf.
- Maschinengarn schwarz, 500 m 95 Pf.
- Stopftwist alle Farben, 10 Knäuel 95 Pf.
- Rüsch.-Gummiband Seide, violett, 2 m 95 Pf.

STEINS 95-Pf.-Tage

Putz-Lager

- Linonformen 95 Pf.
- Weisse Sportmützen für Damen 95 Pf.
- Stangenreih 1 Edel 95 Pf.
- Stangenreih 2 Stiele 95 Pf.
- Paradiesreih 95 Pf.
- Fuchsschwanz 95 Pf.

Gardinen

- Scheibengardinen gut. Stoffm. Einzeln u. Volant, ca. 60 x 70 cm. Paar 95 Pf.
- Querbehang vom Stück 95 Pf.
- Tüll mit Volant, ca. 55 cm br., Meter 95 Pf.
- Kante, la engl. Tüll u. Ansetzen an Stores 95 Pf.
- Gardinen vom Stück 95 Pf.
- Kongrestoff für Gardinen, Meter 95 Pf.
- Madras für Kissen-Gardinen, halbrundig, wunderbar Meter 95 Pf.

Porzellan

- 1 Satz Milchtopfe 1-6 (Blumendekoration) 95 Pf.
- 1 Kuchenteller (Blumendekor.) 95 Pf.
- 6 P. Tassen 1 Glas, 1 Zuckerd. 95 Pf.
- 6 P. Mokkatassen mit Dekor. 95 Pf.
- 3 Paar Tassen mit Dekoration 95 Pf.
- 1 Salatiere (Blumendekoration) 95 Pf.

Verschiedenes

- 1 Kopfbürste u. 1 Spiegel aus 95 Pf.
- 1 Staubwedel 95 Pf.
- 1 Deckelhalter 95 Pf.
- 1 Keks- od. 1 Butterdose 95 Pf.
- 1 Brotmesser 95 Pf.
- 1 Topflappenbehälter 95 Pf.
- 1 Kaffee- und Zuckerbüchse aus 95 Pf.
- 1 Salz- und 1 Zuckerstreuer aus 95 Pf.
- 1 Durchschlag, 1 Brühstab, 1 Kaffeeieb aus 95 Pf.

- Wandschoner Wuchst, gut. Mat. schliesst. Nickerl. 95 Pf.
- Küchentischdecke 60 x 100, gut. Waschtuch, verschiedene Muster. 95 Pf.
- Leitungsschoner gutes Waschtuch. 2 Stk. 95 Pf.

Emaille

- 1 Schmortopf 95 Pf.
- 1 Kasserolle 95 Pf.
- 1 Brotkorb 95 Pf.
- 1 Ringtopf 95 Pf.
- 1 Muschelkonsole mit Mas. 95 Pf.
- 2 Maschinentöpfe 8 u. 9 cm Durchmesser 95 Pf.
- 1 Schöpf- 1 Schäum-, 1 Braten- 10 Liter 95 Pf.
- 1 weiße Kaffeekanne 95 Pf.
- 1 Satz Schüsseln 14-30 cm 95 Pf.
- 1 Müllschaufel und 1 Seifenbehälter 95 Pf.
- 1 Stahlpfanne 26 cm 95 Pf.
- 1 Semmel- oder 1 Zwiebelbehälter 95 Pf.
- 1 Nachtgeschirr 20 cm 95 Pf.
- 1 Brotkorb u. 1 Durchschlag, aus 95 Pf.

Glas

- 1 Butter- od. 1 Käseglocke 95 Pf.
- 1 Sturzkaraffe (Kugel u. Stern) 95 Pf.
- 6 Kompotteller 95 Pf.
- 1 Kuchenteller 95 Pf.
- 6 Teegläser 95 Pf.
- 1 Satz Salats 17 u. 20 cm, aus 95 Pf.
- 3 geschliffene Bierbecher 95 Pf.
- 1 Satz Salats 9, 11, 15 cm, aus 95 Pf.
- 1 Satz Salats 13, 16 cm, aus 95 Pf.
- 1 Salatiere 22 1/2 cm 95 Pf.
- 6 Madeiragläser 95 Pf.

- 1/2 Pfd. Rauchtabak leicht, und 30 g Heilig 95 Pf.
- 1 Bruyère-Pfeife und 50 g Tabak 95 Pf.
- 1 Gummibeutel und 50 g Tabak 95 Pf.

Wirtschaft

- 1 Waschbreit 95 Pf.
- 1 Kokos- od. Bassinebesen 95 Pf.
- 1 Schrubber, 1 Schenkerbüste, 1 Schenkerbüste aus 95 Pf.
- 1 Robhaarhandfeger 95 Pf.
- 1 Schmutz- 1 Anfrage-, 1 Glas- 95 Pf.
- 1 Teppichklopfer (prima Rohr) 95 Pf.
- 1 Kokosfußmatte 95 Pf.
- 1 Müll-, 1 Kohlenbehälter, aus 95 Pf.
- 6 Alum.-EB- u. 6 Kaffeelöffel aus 95 Pf.
- 1 Universalsieb 95 Pf.
- 1 Springform 26 cm 95 Pf.
- 1 Leibwärmer 95 Pf.
- 1 Teppichbürste 95 Pf.
- 1 Kleiderbürste 95 Pf.

Seifen- u. Toiletteartikel

- 6 Riegel Kernseife 95 Pf.
- 1 Geschenkkasten m. 4 St. Toiletteartikeln 95 Pf.
- 12 St. Toiletteseife 95 Pf.
- 5 Pack Seifenpulver 95 Pf.
- 1 Zerstäuber, Parfüm zusammen 95 Pf.
- 1 Schwammhalter mit Gummi-schw., aus 95 Pf.
- 1 Zelluloid-Spiegel 95 Pf.
- 1 Kopfbürste 95 Pf.
- 1 Kleiderbürste 95 Pf.
- 1 Stielkamm 95 Pf.
- 12 Damenbinden weiss 95 Pf.

Steingut

- 1 Becken 95 Pf.
- 1 Wasserkanne 95 Pf.
- 1 Sauciere u. 1 Kaffeefleischbecken 95 Pf.
- 1 Nachtgeschirr zwbn. 95 Pf.
- 1 Kakaokanne 95 Pf.
- 1 Kannenuntersatz 95 Pf.

Schreibwaren

- 100 Oktavbogen u. 100 Kuv. aus 95 Pf.
- 12 Schreibhefte, 1 Federkasten, 1 Halter, 1 Bleistift, 1 Kugelschreiber, 1 Federhalter, 1 Federhalter (rot), 1 Federhalter (blau) 95 Pf.
- 3 Roll. Butterbrotpapier (rot, blau) 95 Pf.
- 1 farbigen Läufer u. 50 Serv. aus 95 Pf.
- 1 Briefkassette mit Seidenfutter 95 Pf.
- 1 Tuschkasten 12 Farb. u. Pinsel 95 Pf.

Galanterie

- 1 Scheintasche rein Leder 95 Pf.
- 1 Leder-Damengürtel 95 Pf.
- 1 Kindertaschen 95 Pf.
- 1 Besuchstasche in prima Stoff 95 Pf.
- 1 Nachttischleuchter m. Schirm 95 Pf.
- 1 Schmuckdose 95 Pf.

Verschiedenes

- Aermelschoner aus rein. Gummi 95 Pf.
- Kunstseidenband mod. Farben ca. 11 cm breit 95 Pf.
- Kunstseidenband mod. Farben ca. 8 cm breit 95 Pf.
- 1 Pfund Kakao und 1 Block 95 Pf.
- Dachdecker-Schuhe in allen Größen 95 Pf.
- 1 Zelluloidständer mit Zahn-bürste aus 95 Pf.
- 1 Zelluloidschwammkorb 95 Pf.
- 1 Onduliereisen 95 Pf.
- 1 Handbürste mit Brett 95 Pf.

Verkauf nur soweit Vorrat!

Pflichtags von 1/1-3 Uhr geschlossen

Mengenabgabe vorbehalten!

Kinder-Pflichtpannoli m. Lödel-Sohle 95 Pf.

Kinder-Schnürstiefel 15-20, Paar 95 Pf.

Damen-Schlüpf mod. Farb. 95 Pf.

Kinder-Schlüpf alle GröÙ, Paar 95 Pf.

Damen-Korsettschoner beste Ausführung 95 Pf.

Büstenhalter aus gut. Stoff 95 Pf.

Gürtel mit Gummi 95 Pf.

Küchenspitze handgehäkelt Meter 95 Pf.

Mitteln-Decken 65 x 65, gerahmt 95 Pf.

Küchen-Wandschoner 95 Pf.

Lappspitzen 15x30 cm, 30 Meter 95 Pf.

Unterrock-Stickerei 95 Pf.

30 cm breit, Etamin kariert, Mtr. 95 Pf.

2 Paar Herr.-Sockenhalter Gummi 95 Pf.

Fine Stick.-Damen-Hemd-Passon 95 Pf.

Milch-Blech-Schokolade 4 Tafeln 95 Pf.

5-Block-Schokolade 4 100 Gramm 5 Block 95 Pf.